

Inhaltsübersicht

Kapitel 1	Das Amt des Bundeskanzlers und das Bundeskanzleramt im geschichtlichen Überblick – Über das Reichskanzleramt zum Bundeskanzleramt –	1
Kapitel 2	Der räumliche Sitz des Bundeskanzlers gestern und heute und der Sitz des Reichskanzlers im Rückblick . . .	14
Kapitel 3	Die rechtliche Stellung von Bundeskanzler, Bundesministern und Bundesregierung sowie die Funktionen des Bundeskanzleramtes	28
Kapitel 4	Organisation und Arbeitsweise des Bundeskanzleramtes im Einzelnen	92
Kapitel 5	Die Rolle der Beauftragten im Bundeskanzleramt . . .	120
Kapitel 6	Die bisherigen Bundeskanzler, die Chefs des Bundeskanzleramtes, die Parlamentarischen Staatssekretäre beim Bundeskanzler, sonstiger Leistungsbereich heute und Rückblick auf frühere Reichsregierungen	159
Kapitel 7	Die rechtlichen Rahmenbedingungen – Verfassungsrecht, Gesetze und Geschäftsordnungen . . .	205
Kapitel 8	Beispiel für einen Gesetzentwurf der Bundesregierung	429
Stichwortverzeichnis	447

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Bundeskanzlerin zur Neuauflage der Publikation	
»Bundeskanzleramt und Bundesregierung«	V
Vorwort der Verfasser zur 6. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XIX
Kapitel 1 Das Amt des Bundeskanzlers und das Bundeskanzleramt im geschichtlichen Überblick – Über das Reichskanzleramt zum Bundeskanzleramt –	1
A. Die Stellung des Bundeskanzlers und des Reichskanzlers nach den Verfassungen des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs	1
I. Norddeutscher Bund 1867–1871	1
II. Deutsches Reich 1871–1918	2
III. Weimarer Republik 1919–1933	6
B. Die Reichskanzlei von 1933 bis 1945	8
I. Zusammenbruch der Weimarer Republik	8
II. Stellung der Reichskanzlei	9
C. Die Direktorialkanzlei Frankfurt 1948 bis 1949	9
D. Neubeginn unter dem Grundgesetz in Bonn	12
Kapitel 2 Der räumliche Sitz des Bundeskanzlers gestern und heute und der Sitz des Reichskanzlers im Rückblick	14
A. Wilhelmstraße in Berlin	14
B. Direktorialkanzlei in Frankfurt und neuer Regierungssitz in Bonn	16
C. Palais Schaumburg	17
D. Bundeskanzleramt in Bonn	20
I. Bau der Planungsgruppe Stieldorf	20
II. Kanzlerbungalow	21
III. Gästehaus Schloss Meseberg	22
E. Bundeskanzleramt in Berlin	22
I. Vorläufer und Zwischenlösungen	23
II. Der Neubau im Spreebogen	24
F. Ministeriumsgebäude früher in Bonn und nunmehr in Berlin	26
I. In Bonn	26
II. In Berlin	26
Kapitel 3 Die rechtliche Stellung von Bundeskanzler, Bundesministern und Bundesregierung sowie die Funktionen des Bundeskanzleramtes	28
A. Stellung des Bundeskanzlers und der Bundesregierung nach dem Grundgesetz	29
I. Allgemeines	29

II.	Zusammensetzung, Bildung und Auflösung der Bundesregierung	31
B.	Der Bundeskanzler, die Bundesminister und die Organisation der Bundesregierung	33
I.	Rechte des Bundeskanzlers	34
1.	Richtlinienkompetenz	34
2.	Leitungskompetenz	39
3.	Organisationsgewalt	40
II.	Rechte der Bundesminister	41
1.	Rechte innerhalb der Bundesregierung	41
2.	Rechte in ihrem Geschäftsbereich	42
III.	Pflichten der Mitglieder der Bundesregierung	42
1.	Allgemeine und verfassungsrechtliche Pflichten	42
2.	Einfachgesetzliche besondere Pflichten	44
3.	Politische Verantwortung	44
4.	Pflichten gegenüber Regierung einerseits und Partei andererseits	45
IV.	Organisationsprinzipien der Bundesregierung	45
C.	Funktionen des Bundeskanzleramtes	48
I.	Im Verhältnis zum Bundeskanzler	48
II.	Im Verhältnis zum Kabinett	49
III.	Im Verhältnis zu den Ressorts	49
IV.	Im Verhältnis zu Bundestag und Bundesrat	50
1.	Beim Gesetzgebungsverfahren	50
2.	Beim Verfahren gemäß Art. 113 GG	52
3.	Bei parlamentarischen Fragen	53
4.	Beim Erlass von Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften	54
V.	Im Verhältnis zum Bundesverfassungsgericht	54
VI.	Im sonstigen Außenverhältnis	55
D.	Die Bundesministerien	56
I.	Allgemeines	56
II.	Zahl der Bundesministerien und Struktur der Bundesregierung zwischen 1949 und heute	59
III.	Reformüberlegungen und wesentliche Veränderungen	60
IV.	Struktur nach Herstellung der deutschen Einheit 1990 und den Hauptstadtentscheidungen für Berlin	62
V.	Beauftragte	63
E.	Kabinettsitzungen	64
I.	Bedeutung, Ablauf, Abstimmungsverhalten, Vertraulichkeit	64
1.	Bedeutung	64
2.	Ablauf	67
3.	Abstimmungsverhalten	68
4.	Besondere Rechte einzelner Bundesminister	69
5.	Vertraulichkeit	70

II.	Umlaufverfahren/TOP-1-Listen-Verfahren	71
III.	Vorbereitung der Kabinettsitzungen	72
1.	Ressortabstimmung im Vorfeld des Kabinetts	72
2.	Gesetzesvorlagen	73
3.	Kabinetttvorlagen und Bundeskanzleramt	74
IV.	Nachbereitung der Kabinettsitzungen	76
F.	Kabinettausschüsse und sonstige Koordinierungsgremien	77
I.	Kabinettausschüsse	77
II.	Staatssekretärsausschüsse	78
III.	Sonstige Gremien und wiederkehrende Konferenzen	79
G.	Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung, Bundestag und Fraktionen	83
I.	Allgemeines	83
II.	Zusammenarbeit mit der die Bundesregierung tragenden Parlamentsmehrheit.	85
III.	Rechte und Pflichten der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag	87
Kapitel 4 Organisation und Arbeitsweise des Bundeskanzleramtes im Einzelnen		92
A.	Überblick über die organisatorische Entwicklung des Bundeskanzleramtes seit 1949	92
B.	Die anderen obersten Bundesbehörden im Geschäftsbereich des Bundeskanzlers	102
I.	Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	102
II.	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	105
C.	Organisation des Bundeskanzleramtes heute	107
I.	Leitungsbereich der Bundeskanzlerin und des Chefs des Bundeskanzleramtes	107
II.	Besondere Arbeitsbereiche mit Leitungsfunktionen	108
III.	Sogenannte »Arbeitsebene«	108
D.	Aufgabenerledigung durch das Bundeskanzleramt und Arbeitsweise ...	109
I.	Leitungsbereich	109
II.	Koordinierung/Ressortbetreuung	112
III.	Querschnittsfunktionen	115
IV.	Kommunikation, Information, Öffentlichkeitsarbeit	116
V.	Planung	118
VI.	Zentralverwaltung	118
Kapitel 5 Die Rolle der Beauftragten im Bundeskanzleramt		120
A.	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	120
I.	Aufgaben	121
II.	Begleitung von Gesetzgebungsprozessen	122
III.	Kunst- und Kulturförderung	123

IV.	Die Aufgaben im Bereich Medien und Film	126
V.	Geschichte und Erinnerung als eigene Aufgabe	127
VI.	Die Organisation der Beauftragten für Kultur und Medien als oberste Bundesbehörde	129
VII.	Die Rolle der Beauftragten für Kultur und Medien im föderalen System Deutschlands	130
B.	Der Nationale Normenkontrollrat	130
I.	Aufgabe: Gesetzesfolgenabschätzung	131
II.	Gegenstand der Prüfung: Gesetze, Verordnungen, EU-Vorhaben, BMF-Schreiben	133
III.	Arbeitsweise	134
IV.	Verfahren	138
V.	Der Normenkontrollrat auf europäischer und internationaler Ebene	140
VI.	Ausblick	141
C.	Die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration	142
I.	Aufgaben	142
II.	Integrationspolitik als Schlüsselaufgabe	144
III.	Die vier Grundpfeiler der Arbeitsweise der Integrationsbeauftragten	145
IV.	Ausblick	150
D.	Der Beauftragte der Bundesregierung für die Nachrichtendienste	151
I.	Aufgaben	152
II.	Parlamentarische Kontrolle	153
E.	Der Sherpa-Stab der G7 und G20 Konferenzprozesse	154
I.	Aufgaben	154
II.	Arbeitsweise	155
III.	Entwicklungen	156
IV.	G7 Präsidentschaft	157
V.	Ausblick	157
Kapitel 6 Die bisherigen Bundeskanzler, die Chefs des Bundeskanzleramtes, die Parlamentarischen Staatssekretäre beim Bundeskanzler, sonstiger Leistungsbereich heute und Rückblick auf frühere Reichsregierungen		159
A.	Die bisherigen Bundeskanzler	159
B.	Die bisherigen Chefs des Bundeskanzleramts	176
C.	Die bisherigen Parlamentarischen Staatssekretäre beim Bundeskanzler und sonstiger Leistungsbereich	177
D.	Die bisherigen Bundesregierungen der Bundesrepublik Deutschland ...	180
E.	Die früheren Reichskanzler und die Leiter von Bundeskanzler-Amt, Reichskanzleramt und Reichskanzlei des Deutschen Reiches von 1871 bis 1918 und der Weimarer Republik	203

Kapitel 7 Die rechtlichen Rahmenbedingungen – Verfassungsrecht, Gesetze und Geschäftsordnungen	205
A. Verfassungsrechtliche Regelungen	206
B. Geschäftsordnung der Bundesregierung (GOBReg)	210
C. Rahmenregelung für den Geschäftsablauf der Kabinettausschüsse der Bundesregierung	218
D. Die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO)	221
E. Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung (BMinG)	270
F. Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre (ParlStG)	283
G. Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GOBT)	286
H. Die Geschäftsordnung des Bundesrates (GOBR)	355
I. Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG)	374
J. Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG)	384
K. Geschäftsordnung für den Gemeinsamen Ausschuss (GOGemA)	393
L. Das Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz, ParlBG)	397
M. Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Vermittlungsausschuss (GOVA)	400
N. Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes (Kontrollgremiumgesetz, PKGrG)	403
O. Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz, PUAG)	408
P. Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Integrationsverantwortungsgesetz, IntVG)	420
Q. Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrats (NormenkontrollratsGes, NatNKRKRG)	425
Kapitel 8 Beispiel für einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (mit Stellungnahme des Bundesrates, Gegenäußerung der Bundesregierung und Gesetz)	429
Gegenstand: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesministergesetzes und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre	430
Teil I Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 11.2.2015	430
A. Vorblatt	430
I. Problem und Ziel	430
II. Lösung	430
III. Alternativen	431

IV.	Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand	431
V.	Erfüllungsaufwand	431
1.	Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger	431
2.	Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft	431
3.	Erfüllungsaufwand der Verwaltung	431
VI.	Weitere Kosten	431
B.	Entwurf der Bundesregierung vom 11.2.2015 für ein Gesetz zur Änderung des Bundesministertgesetzes und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre (auf Kabinettsvorlage des BMI vom 3.2.2015)	432
C.	Begründung	434
I.	Allgemeiner Teil	434
1.	Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen	434
2.	Wesentlicher Inhalt des Entwurfs	434
3.	Alternativen	435
4.	Gesetzgebungskompetenz	435
5.	Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen	435
6.	Gesetzesfolgen	435
a)	Rechts- und Verwaltungsvereinfachung	435
b)	Nachhaltigkeitsaspekte	435
c)	Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand	435
aa)	Übergangsgeld	435
bb)	Aufwandsentschädigung für Mitglieder des beratenden Gremiums	436
cc)	Reisekosten	436
d)	Erfüllungsaufwand	436
aa)	Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger ...	436
bb)	Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft	436
cc)	Erfüllungsaufwand der Verwaltung	436
e)	Weitere Kosten	437
f)	Weitere Gesetzesfolgen	437
7.	Befristung; Evaluation	437
II.	Besonderer Teil (mit Erläuterungen zu den einzelnen Regelungsvorschlägen)	437
Teil II	Stellungnahme des Bundesrates vom 27.3.2015	441
Teil III	Gegenäußerung der Bundesregierung vom 15.4.2015 zur Stellungnahme des Bundesrates vom 27.3.2015	443
Teil IV.	Gesetz vom 17.7.2015 (BGBl. I S. 1322)	444
	Stichwortverzeichnis	447